



**Claudia Roth (Grüne),
Landesliste; Augsburg:**

„Die Verschärfung des Asylrechts, wie sie gestern beschlossen wurde, ist der falsche Weg. Statt echter Verfahrensverkürzung wurden Maßnahmen beschlossen, die den Schutzsuchenden bei uns schaden und ihre Integration erschweren. Statt pragmatische Lösungen für die Altfälle zu finden oder die Vorrangprüfung zu streichen, wird mit der politischen Definition von sicheren Herkunftsstaaten die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen erster und zweiter Klasse etabliert. Der Teil, der eine dringend notwendige finanzielle Entlastung für die Kommunen enthält, hat dagegen meine Zustimmung.“ Foto: dpa

Schaffen wir das? Das sagen die Abgeordneten aus der Region

Gestern hat der Deutsche Bundestag eine weitreichende Reform des Asylrechts beschlossen. Die Kommunen sollen entlastet und Flüchtlinge ohne Aussicht auf Anerkennung schneller wieder abgeschoben werden. 13 der insgesamt 18 Volksvertreter aus der Region sagen ihre Meinung.



**Florian Post (SPD),
Landesliste; Pfaffenhofen:**

„Ich habe heute mit Ja gestimmt. Der aktuellen Situation müssen wir mit zügigen und pragmatischen Lösungen begegnen. Das Gesetzespaket enthält viele Verbesserungen für Flüchtlinge. Zuerst ist die finanzielle Entlastung der Kommunen zu nennen, die Verbesserungen für minderjährige Flüchtlinge und die Öffnung von Integrationsangeboten. Menschen, die aus nun sicheren Herkunftsländern bei uns einen Asylantrag stellen, haben auch weiterhin das Recht auf dessen individuelle Prüfung. Menschen, die zum Schutz von Leib und Leben hierher kommen, müssen auch künftig Schutz bekommen.“ Foto: SPD



**Hansjörg Durz (CSU),
Wahlkreis Augsburg:**

„Ich habe zugestimmt. Das Asylpaket ist die Reaktion auf die gestiegenen Asylbewerberzahlen. Wir stehen vor der Herausforderung, unsere Verantwortung gegenüber den wirklich Schutzbedürftigen, den Kommunen, aber auch den Helfern wahrzunehmen. Mit der bedeutendsten Asylrechtsreform seit den 90er Jahren reduzieren wir falsche Anreizfaktoren: In Erstaufnahmeeinrichtungen haben künftig Sachleistungen Vorrang. Alle Westbalkanstaaten sind nun sichere Herkunftsstaaten. Es ist klar, dass mit diesem Paket nicht alle Probleme gelöst sind. Wir kommen aber einen bedeutenden Schritt voran.“ Foto: CSU



**Erich Irlstorfer (CSU),
Wahlkreis Freising:**

„Aufgrund der gesundheitlichen Situation meiner Mutter konnte ich nicht an der Abstimmung teilnehmen. Die Neuausrichtung des Asylrechts ist aber richtig. Die Grenzen des Asylrechts sind so zu fassen, dass denen geholfen wird, die tatsächlich unseres Schutzes bedürfen. Angesichts der großen Anzahl der zu uns kommenden Menschen müssen wir aber mit der Integrationskraft unserer Gesellschaft verantwortungsbewusst umgehen. Fehlanreize werden deshalb beseitigt. Flüchtlinge, die eine gute Bleibeperspektive haben, sollen aber frühzeitig in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden.“ Foto: Archiv



**Alois Karl (CSU),
Wahlkreis Amberg:**

„Ich habe für den Entwurf der Bundesregierung gestimmt. Es geht um keine Verschärfung. Aber wir unterscheiden deutlicher zwischen denen, die unseren Schutzes bedürfen, und denen, die das Asylrecht missbrauchen. Wir wollen, dass über die Schutzbedürftigkeit rasch entschieden wird. Wer unseren Schutz braucht, der erhält ihn. Ihn wollen wir ertüchtigen, dass er sich in unsere Gesellschaft integrieren kann und auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen kann. Für diejenigen, die unser Grundrecht ausnutzen und missbrauchen, gilt: Sie müssen zurück in ihre Herkunftsländer bzw. Einreiseländer ausreisen.“ Foto: Wittmann



**Eva Bulling-Schröter (Linke),
Landesliste; Ingolstadt:**

„Ich habe dem Gesetz bei der Abstimmung im Bundestag nicht zugestimmt. Das hat viele Gründe: Zum einen werden noch immer viele Waffen in Kriegsgebiete geliefert, daran wird sich nichts ändern. Zum anderen macht die Europäische Union mit ihrer aktuellen Politik systematisch wirtschaftliche Strukturen in den jeweiligen Krisenländern kaputt. Und ich frage mich, wie ein Land am Balkan als sicher eingestuft werden kann, wenn dort nach wie vor die Bundeswehr stationiert ist. Deshalb konnte ich der Verschärfung des Asylrechts gestern nicht zustimmen.“ Foto: Archiv



**Marlene Mortler (CSU),
Wahlkreis Nürnberger Land/Roth:**

„Ich habe dem Gesetz zugestimmt. Die wachsende Zahl der Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stellt unser Land vor große Herausforderungen – auch bei mir daheim. Das verabschiedete Maßnahmenpaket ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen und Voraussetzung für weitere Verfahrensbeschleunigungen. Der kommende Winter steht bevor und deshalb ist schnelles Handeln wichtig um allen wirklich Schutzbedürftigen zu helfen. Schon heute gilt: Ohne die vielen, vielen tatkräftigen Helfer würden wir diese Aufgabe kaum bewältigen – denen gilt mein Dank.“ Foto: Schacht